

## Grenzkontrollen im Fokus: Grüne warnen vor Rechtsbrüchen!

Die Grünen kritisieren die verschärften Grenzkontrollen unter Innenminister Dobrindt. Folgen für Asylpolitik und europäisches Recht.



**Aschaffenburg, Deutschland** - Die Bundesregierung hat mit der Ankündigung verstärkter Grenzkontrollen einen neuen Kurs in der Asylpolitik eingeschlagen. Unter der Leitung des neuen Innenministers Alexander Dobrindt (CSU) wird ein „faktischer Einreisestopp“ für Migranten ohne gültige Papiere angestrebt. Dies wurde am ersten Tag der Amtsübernahme von Dobrindt, der am 6. Mai 2025 offiziell in sein Amt eingeführt wurde, bekanntgegeben. Der Kanzler Friedrich Merz (CDU) bezeichnete diese Maßnahmen als Reaktion auf eine „neue Dimension der Gewalt“ in Deutschland, was im Zusammenhang mit jüngsten Vorfällen, darunter eine tödliche Messerattacke durch einen ausreisepflichtigen Afghanen, steht.

Erklärungen wie die von Irene Mihalic, parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, kritisieren jedoch diese Pläne scharf. Sie wirft Dobrindt vor, die Beamten an den Staatsgrenzen in den Rechtsbruch zu treiben, und bezeichnet pauschale Zurückweisungen von Asylgesuchen als europarechtswidrig. Nach ihrer Auffassung könnte das Hochfahren der Grenzkontrollen auch zu einer Überlastung der bereits unter Druck stehenden Bundespolizei führen.

## **Kritik an den neuen Maßnahmen**

Die Kritik zur neuen Asylpolitik geht über die Grünen hinaus. Auch Lars Castellucci, der innenpolitische Sprecher der SPD, betont, dass die kontrollierte Überwachung von 4.000 Kilometern Grenze nicht realistisch sei. Er unterstützt die Auffassung, dass Nachbarstaaten in den Prozess der Zurückweisungen einwilligen müssen, um zu verhindern, dass Migranten untertauchen und später illegal in Deutschland einreisen. Castellucci warnt, dass ein Verstoß gegen humanitäre Grundsätze droht, wenn Migranten an den Grenzen abgewiesen werden.

Die Union hat zudem explosive Forderungen formuliert, die kommende Woche im Bundestag zur Abstimmung steht. Dazu zählen dauerhafte Grenzkontrollen, die Zurückweisung aller Versuche einer illegalen Einreise sowie Haft für ausreisepflichtige Personen. Die Union fordert ebenfalls die Bereitstellung von leerstehenden Liegenschaften für Haftzwecke und plant tägliche Abschiebungen. Diese strikten Maßnahmen werden von der SPD und den Grünen überwiegend als verfassungs- und europarechtswidrig bewertet. Merz und sein Team argumentieren jedoch, dass in außergewöhnlichen Notlagen nationales Recht Vorrang habe.

## **Juristische Herausforderungen und internationale Bedenken**

Die rechtliche Basis für die angestrebten Zurückweisungen könnte durch die Dublin-III-Verordnung gegeben sein, die Vorschriften zur Zuständigkeit für Asylverfahren regelt. Allerdings ist die Abwicklung von Anfragen an die Nachbarländer problematischer als erhofft. Länder wie Luxemburg, Österreich und Polen lehnen formlose Zurückweisungen ab. Diese rechtlichen und politischen Hürden werfen Fragen über den reibungslosen Grenzverkehr und die Möglichkeit von Staus auf und führen zu Bedenken über potenzielle juristische Auseinandersetzungen.

Nach Auffassung von Experten könnte es zu einem juristischen Streit über die neuen Maßnahmen kommen, da Menschen, die an den deutschen Grenzen abgelehnt werden, rechtlich gegen ihre Abweisungen vorgehen könnten. Zuständige Gerichte könnten im Extremfall den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Klärung europarechtlicher Fragestellungen einschalten.

Angesichts der Vielzahl an rechtlichen und politischen Widerständen bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung der neuen Asylpolitik in der Praxis aussehen wird. Die Gefahren einer Überlastung der Sicherheitskräfte sowie die Notwendigkeit einer klaren, rechtssicheren Vorgehensweise werden von den beteiligten Akteuren jedenfalls intensiv diskutiert.

Für die nächsten Wochen wird mit intensiven Debatten im Bundestag gerechnet, in denen die unterschiedlichen Standpunkte und strategischen Ansätze zum Ausdruck kommen werden. Die Union fordert Unterstützung von anderen Parteien, um ihre Vorschläge zu realisieren und den AfD entgegenzuwirken.

**MDR** berichtet, dass die anstehenden Entscheidungen über die Zukunft der deutschen Migrationspolitik nicht nur Maßnahmen zur Grenzsicherung, sondern auch umfassende gesellschaftliche Konflikte und rechtliche Fragestellungen berühren, die alle Bürger betreffen.

**Tagesschau** beschreibt die Reaktionen aus der politischen Landschaft, die von scharfer Kritik bis zu unterstützenden Stellungnahmen reichen.

**ZDF** hebt hervor, wie wichtig eine Einigung mit den europäischen Nachbarn in der aktuellen Situation ist.

Details	
<b>Vorfall</b>	Messerangriff
<b>Ort</b>	Aschaffenburg, Deutschland
<b>Verletzte</b>	1
<b>Festnahmen</b>	1
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.mdr.de">www.mdr.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://www.zdf.de">www.zdf.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**